

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002457/2025
an die Kommission**
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Engin Eroglu (Renew), Joachim Streit (Renew)

Betrifft: Initiative „Global Gateway“

Die Global-Gateway-Initiative soll eine strategische Alternative zur chinesischen Initiative der neuen Seidenstraße bieten. Sie wird von den europäischen Steuerzahlern finanziert und zielt darauf ab, die europäischen Werte weltweit zu fördern und den Interessen der EU zu dienen.

Aus Medienberichten geht jedoch hervor, dass chinesische Staatsbetriebe im Rahmen von EU-finanzierten Auslandsprojekten größere Aufträge erhalten haben. Demzufolge konnten diese chinesischen Firmen zudem in bestimmten Jahren einen höheren von der Europäischen Investitionsbank (EIB) finanzierten Auftragswert für sich verbuchen als europäische Unternehmen.

Dies wirft ernsthafte Bedenken hinsichtlich der verantwortungsvollen Verwendung von EU-Mitteln, der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und der strategischen Autonomie der EU auf.

1. Kann die Kommission bestätigen, dass die jüngsten Medienberichte zutreffen, wonach chinesische Unternehmen Aufträge im Rahmen der Global-Gateway-Initiative und bei von der EIB finanzierten Projekten erhalten haben, und kann sie Angaben über den Umfang der Beteiligung der chinesischen Firmen machen?
2. Welche Maßnahmen ergreift die Kommission – sowohl unabhängig als auch in Zusammenarbeit mit der EIB –, um sicherzustellen, dass EU-finanzierte Infrastrukturprojekte nicht strategischen Wettbewerbern zugutekommen oder die geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen Europas untergraben und dass europäische Unternehmen und Arbeitnehmer von diesen Initiativen ausreichend profitieren?
3. Welche Reformen der Vergabevorschriften der EIB für Vorhaben außerhalb der EU könnten dabei helfen, Antragsteller, die sich der Methoden des unlauteren Wettbewerbs bedienen, von Ausschreibungen auszuschließen, z. B. durch die Übernahme von Grundsätzen aus der Verordnung über drittstaatliche Subventionen¹?

Eingang: 18.6.2025

¹ Verordnung (EU) 2022/2560 vom 14. Dezember 2022 über den Binnenmarkt verzerrende drittstaatliche Subventionen, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2560/oj>